

## **Schriftlicher Bericht**

für die 69. Amtschefkonferenz und die 98. Umweltministerkonferenz

### **TOP 05: BMUV-Bericht über Handlungsempfehlungen zur Umweltgerechtigkeit, Ergebnisse eines Forschungsprojektes mit UBA und DIfU**

Berichterstatter: Bund

## **Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“**

### **1. Hintergrund**

Mit dem Bericht des BMU über die Ad-hoc AG Umweltgerechtigkeit (Umlaufverfahren 07/2021) wurde das Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ vorgestellt.

Das Ziel des Forschungsprojekts (04/20 - 03/22) war die politische Verankerung und die Unterstützung bei der Umsetzung des Themas „Umweltgerechtigkeit“ auf Bundesebene.

### **2. Veröffentlichung der Handlungsempfehlungen**

Wie im Bericht des BMU über die Ad-hoc AG Umweltgerechtigkeit (Umlaufverfahren 07/2021) angekündigt, fand dazu am 24. Januar 2022 eine Fachtagung und am 14. Februar 2022 ein Dialogforum statt, bei dem Vertreter\*innen relevanter Bundes-, Landesressorts, Zivilgesellschaft, Kommunen und Wissenschaft zusammenkamen, um den Entwurf des Strategie- und Politikpapiers, in dem die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen an Bund und Länder und deren Umsetzung dargestellt werden, zu diskutieren. Die Handlungsempfehlungen sind mittlerweile fertig gestellt und veröffentlicht.

### 3. Inhalt

Der integrierte Ansatz Umweltgerechtigkeit findet in Deutschland bereits Beachtung in Politik, Forschung und Praxis. Drängende aktuelle Herausforderungen wie das mit zunehmender Verdichtung einhergehende anhaltende Wachstum der Städte, der auch in Deutschland spürbare Klimawandel sowie die Zunahme von sozialer Ungleichheit und von räumlichen Verdrängungsprozessen machen es erforderlich, den Beitrag dieses Ansatzes zu sozial-ökologischen Transformationsprozessen an der Schnittstelle Umwelt – Gesundheit – Soziales durch eine stärkere politische Verankerung noch deutlich auszuweiten. Dazu wurden der bisherige politische Implementierungsprozess analysiert und bewertet sowie auf dieser Basis die aus Vorläuferprojekten bereits vorliegenden Handlungsempfehlungen weiterentwickelt.

Es wurden diesbezüglich Empfehlungen für die **Organisation und Kooperation auf Bundes- und Länderebene**, für die **Unterstützung der kommunalen Ebene durch Bund und Länder, zur bund- und länderbeförderten Weiterentwicklung des Wissens und Methodenstandes zu Umweltgerechtigkeit** und **für ein Agenda Setting und die Veränderung von programmatischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Gestaltungshoheit von Bund und Ländern** konkret dargestellt, die in ihrer Gesamtheit Bund und Ländern als „Road Map“ dienen, den integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit strategisch weiterzuentwickeln und politisch (noch) stärker zu verankern.

Die Handlungsempfehlungen sind diesem Bericht beigelegt.